

Zur Tagesgeschichte.

Die öffentliche Meinung und die stehende Heere.

Schon oft ist bemerkt worden, daß die Menschheit nicht in einer geraden Linie fortzuehe, sondern in einer gewundenen, in einer Spirallinie. Das zeigt sich auch darin, daß Währheiten, die schon klar gestellt und zu allgemeiner Anerkennung gebracht waren, zeitweise wieder verkannt werden. In den zwanziger und dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts wurden die großen stehenden Heere, die auch nach dem Wiener Frieden beibehalten wurden, als eine Last betrachtet, auf deren Verminderung man bedacht sein mußte. Auf den Rath der erlauchten Professoren der Geschichte und der Staatswissenschaften, daß die großen stehenden Heere in Friedenszeiten der Krebsgeschaden Europas wäre. Damals und noch später wurde es vielfach ausgesprochen, daß eine verhältnismäßige Herabsetzung der Truppenzahl der einzelnen Staaten oder eine vertragmäßige Bestimmung über das Verhältnis der Truppenzahl zur Bevölkerung eine nicht bloß sehr wünschenswerthe, sondern auch ausführbare Maßregel sei. Es waren nicht bloß Gelehrte und Schriftsteller, die sich also vernehmen ließen, sondern auch Staatsmänner, unter denen wir bloß Sir Robert Peel nennen wollen, interessirten sich für diese Idee und verzeifelten nicht an deren Ausführung.

Inzwischen ist für Europa ein neues kriegerisches Zeitalter angebrochen. Die stehenden Heere und die Ausgaben dafür sind nicht nur an sich, sondern auch im Verhältnis zum Einkommen des Staates und zum Wohlstand der Nation bedeutend gestiegen, und die Staatsschulden sind in Folge dessen in ungeheurem Maße gewachsen. Dagegen unsere Statistiker die Zahlen unserer Heere, die Militärbudgets und die Verzehrer unserer öffentlichen Schulden in einer Weise zusammenstellen, daß man wohl darüber erschrecken könnte, obgleich es an Klagen über die unabwehrbaren Kosten für den Krieg mitten im Frieden nicht fehlt, so pflegt doch jeder Vorschlag zur Herabminderung dieser Kosten jetzt mit ungläubigem Schrecken aufgenommen zu werden. Ja, in Deutschland läßt man Gefahr, nicht bloß eines Mangels an Einigkeit, sondern auch eines Mangels an Patriotismus besorglich zu werden, wenn man von einer Möglichkeit der Verminderung der Kriegskosten zu reden wagt. Freilich hat unser trefflicher Volke, und mit Recht, gesagt: „Was mit in einem halben Jahre mit den Waffen ertragen haben, das mögen wir ein halbes Jahrhundert mit den Waffen schätzen, damit es uns nicht wieder entziehen wird.“ Ueberhaupt haben die vielen großen Kriege, die auf die Friedenszeiten von 1815 bis 1848 gefolgt sind, die Friedensfreunde entmuthigt und ihre Hoffnungen als utopisch erscheinen lassen. Wir werden es sicherlich nicht erleben, daß alle Schwerter auf Erden in Pflugscharen umgewandelt werden. Aber es ist doch ein himmelweiter Unterschied zwischen der Abschaffung der stehenden Heere, die bezeichnenderweise eine der ersten Volksforderungen von 1848 war, und einer Verringerung der Ueberzahl dieser Heere, von der verhandlungsweise nur geredet werden kann. Doch selbst diese Idee pflegt vom veränderten Zeitgeiste mit Argwohn, ja mit Spott aufgenommen zu werden. Heute, welche sich für ganz besonders praktisch halten, machen sich nicht nur über die Idee des ewigen Friedens lustig, sondern auch über die wohlwollenden Vorschläge der russischen Regierung zur Verringerung der unermesslichen Kosten des Krieges. Alle solche menschenfreundlichen Vorschläge erklären sie von vorn herein für idealistisch und unausführbar.

Der Wandel in der öffentlichen Meinung, auf den wir hinwies, macht sich besonders seit 1866 geltend. Preußen hat durch seine auf allgemeine Wehrpflicht ruhende Rekrutierung und durch seine vervollkommnete Bewaffnung staunenswerthe Erfolge errungen. Ein Staat nach dem anderen hielt es für seine Wohlfahrt, ja, für seine Sicherheit nöthig, ebenfalls die allgemeine Wehrpflicht einzuführen. Nach den Niederlagen von 1870 bequamen sich auch die vermeintlichen höheren Stände Frankreichs dazu, und 1874 sprach dann Kaiser Alexander II. für Rußland den Grundsatze der allgemeinen Wehrpflicht aus, so daß nur noch England, Schweden und einige andere Staaten im Rückstande sind. Durch die Annahme des allgemeinen Kriegsdienstes hat sich die Lage der Regierungen und der Volkvertretungen in einer bemerkenswerthen und für die Regierungen sehr bequemen Weise geändert. Früher war die Herabsetzung des Militär-Etats die Lösung aller Parlaamente, oder doch jeder Opposition in denselben. Jetzt ist die Regierung in der angenehmen Lage, auf alle solche Forderungen zu erwidern: „Ihr habt selbst die allgemeine Wehrpflicht eingeführt, und wenn diese zur Wahrheit werden soll, so müßte unser stehendes Heer eigentlich noch beträchtlich stärker sein.“ Darauf läßt sich wenigstens scheinbar nichts erwidern, und so haben wir denn z. B. den nämlichen Oesterreich, der früher als Führer der Opposition und Verleumdeter über den Militär-Etat große Summen von demselben streifen wollte, einige Jahre darauf als Minister eine bedeutende Vermehrung des nämlichen Militär-Etats fordern. Es war inzwischen freilich die allgemeine Wehrpflicht eingeführt.

Niemand kann den schönen Grundsatze, daß jeder Bürger sein Vaterland nöthigenfalls mit Leib und Leben zu verteidigen müsse, föger schätzen als wir. Wir erkennen auch im vollsten Maße die stillen Vorteile an, welche die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht für ein Volk hat.

Und dennoch meinen wir, daß die wenigsten Menschen einen klaren Begriff von Theorie und Praxis der allgemeinen Wehrpflicht haben. Namentlich werden gewöhnlich zwei Dinge miteinander verwechselt: die Pflicht eines jeden Bürgers, sein Vaterland zu verteidigen, wozu freilich eine gewisse Uebung mit den Waffen gehört, und die Forderung, daß jeder Bürger ein gelernter Berufssoldat werde, wozu bei uns ein dreijähriger Dienst für nöthig erachtet wird. Was diese letzte Forderung betrifft, so hat sie noch in keinem Staate durchgeführt werden können, auch bei uns nicht. Als 1860 die preussische Regierung eine starke Vermehrung der jährlichen Rekrutierung und des stehenden Heeres verlangte, wurde als Zweck die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht hingestellt. Allerdings wird jetzt auch ein größerer Prozentsatz der wehrfähigen jungen Mannschaften ins Heer eingestellt, aber zur vollständigen Durchführung des Grundsatzes reichen weder unsere Mittel noch die Uebung eines Staates hin; ein gewisser Prozentsatz der Bevölkerung, die durch den Körper doch nicht unbeschäftigt sein würden, kann nicht ins Heer aufgenommen werden. Man könnte also vielleicht behaupten, daß der Grundsatze der allgemeinen Wehrpflicht am vollkommensten verrealisirt, um die Kosten zu gewinnen, eine leichtere und kürzere Einübung des gesamten Volkes ohne Ausnahme herbeizuführen.

Wie dem auch sei, so verdienen die Vorschläge zur Herabminderung der ungeheuren Kosten für den Krieg im Frieden keineswegs bodenlos, auch bei uns nicht, sondern sie verdienen die Aufmerksamkeit der Parlamenten und der öffentlichen Meinung. In Österreich macht gegenwärtig ein Vorschlag zur Rekrutierung der kontinentalen Heere von Dr. Alois Fischer großes Aufsehen. Er geht davon aus, daß alle Bürger von dem Alter der übermäßigen Kriegsdienstleistungen befreit zu werden wünschen, und keineswegs gelangen könnte, weil jede Regierung, und mit Recht, erklärt, daß sie durch die Kränkungen der anderen Staaten in eine Zwangslage versetzt werde. Die Wähler müßten aus ihrer Isolirung herausgehoben. „Wie wäre es“, sagt er, „wenn die Volksvertretungen von Zeit zu Zeit einer Wählervertretung Raum ließen, und wenn die Regierungen bei wichtigem Anlaß die Stimme Europas vernähmen? Alle großen Interessen suchen und finden ihren internationalen Sammelplatz. Die Gelehrtenwelt hat ihre Wanderversammlungen, die Kirche ihre Konzilien, der Handel seine internationalen Märkte, die Kunst, die Industrie und die Bobentatistik schufen sich Weltausstellungen; nur die parlamentarische zu vertretenen Gemeintheiten Europas finden keinen Mittelpunkt“ u. s. w. Er meint übrigens nur eine freiwillige Vereinigung von Parlamentenmitgliedern der verschiedenen Staaten, die bloß moralisches Ansehen besäße.

Einen kräftigen Impuls gibt die Konferenz durch zwei Beschlüsse, von denen der eine die Quote des gegenwärtigen Friedensstandes bezeichnet, um welche nach ihrer Ansicht die Heeresmacht der Kontinentalstaaten (resp. Großstaaten) zu verringern sei, während durch den zweiten Beschluß die Konferenz-Mitglieder sich verpflichteten, schon im Laufe der nächsten Session in ihren betreffenden Parlamenten etwa folgende Kundgebungen zu beantragen: „Das Haus erwartet mit Zuversicht, daß die Regierung in kürzester Frist allen Kontinentalmächten oder auch derer alrn Großmächten des Kontinents die Bereitwilligkeit kund gebe, den Friedensstand ihres Heeres um die von der Konferenz angegebene Quote zu verringern, falls diese gleichzeitig ein Gleiches thäten.“ In dem Gesellschaftskreise, welchem die Diplomatie angehört und aus dem sie ihre Inspirationen erhebt, besigt man viel feineren Sinn für das Recht, als für das Sparparlament-Berüthung der Staaten, und sieht man weit scharfer die politischen Gefahren, welche bei ungenügender Wehrkraft sie von außen bedrohen, als die wirtschaftlichen und sozialen, die bei übermäßigem Militäraufwande sich im Innern an sie heranschleichen. Ein Impuls von dorthin ist kaum zu erwarten. Selbst muß man den Anstoß geben. Gibt es, eine Würde zu erleichtern, dann fällt die Initiative naturgemäßer dem zu, welcher sie trägt, als jenem, der sie ihm auf die Schulter legt.

Der österreichische Abgeordnete geht noch weiter in seinen Vorschlägen. Er meint, die Mächte könnten eine Konvention schließen, die augenblicklich beste Bewaffnung einzuführen, aber auf einseitige Waffenänderungen fernerehin zu verzichten. Man sieht, die Ulgatus-Kanonen sind ihm aufs Herz gefallen. Wenn er hierin auch wohl zu weit geht, so möchten seine Vorschläge in ihrem Kern doch Beachtung verdienen, ja, sie haben sie schon gefunden. Die trager Tagespost erhält eine Zulufst von einem hervorragenden Politiker aus Wien, welcher die bestimmte Hoffnung ausdrückt, der Bischoff'sche Gedanke über die Reduktion der stehenden Heere werde diesmal nicht untergehen. Die österreichische und die ungarische Delegation haben sich heuer nicht getrennt, ohne daß zwischen hervorragenden Parteimännern Versicherungen statt gefunden hätten, welche den Zweck verfolgten, in parlamentarischen Kreisen für die Idee einer Abgeordneten-Konferenz im Sinne Bischoff'scher Proselysten zu werden. Unter den gewonnenen Abgeordneten befinden sich solche, welche Verbindungen mit italienischen, französischen, englischen, deutschen und schweizerischen Volkvertretern besitzen.

Das Ziel ist nicht bald und nicht leicht zu erreichen, aber man muß an der Erreichung nicht im voraus verzweifeln. Die Einsetzung eines europäischen Schiedsge-

richts ist gewiß idealistischer als die Verminderung der Heere, und doch hat sich in verschiedenen Parlamenten schon eine Mehrheit für Einsetzung eines solchen Schiedsgerichts ausgesprochen. Die Reduktion der Armeen ist bis in die jüngste Zeit von bedeutenden Staatsmännern keineswegs als Chimäre betrachtet. Ja, als Napoleon III. einen Vorschlag dieser Art machte, soll sich die Mehrzahl der Regierungen dafür erklärt und nur Preußen entschiedene Bedenken geäußert haben. Preußen war damals der einzige Staat, der die allgemeine Wehrpflicht eingeführt hatte, und besand sich also in einer besondern Lage. Es hätte damals, auf jenen Vorschlag eingehend, vielleicht einen Vortheil aus Händen gegeben; jetzt aber, wo die allgemeine Wehrpflicht von allen Großmächten des Festlands eingeführt ist, steht die Parthe für alle Theile gleich. (Köln. Ztg.)

Parlamentarische Nachrichten. Deutscher Reichstag.

Der Präsident v. Forckenbeck eröffnet die heutige Plenarsitzung um 1/1 Uhr mit der betrieblenden Nachricht, daß der Abg. Robert v. Mohl, welcher der gestrigen Sitzung noch beizuohnte, diese Nacht plötzlich verstorben ist. — Bei der 3. Berathung des Gesetzentwurfs zur Ausführung des Impfwanges in Elsaß-Lothringen spricht der heute eingetretene Abg. Winterer den Wunsch aus, daß mit der Zwangsimpfung Schonend vorgegangen und der Sonntag nicht zur Vornahme derselben benützt werden möchte. Derselbe Abgeordnete bemerkt zu dem folgenden Gesetzentwurf, betreffend die Unterbringung von Arbeitslosen, daß es rathsam sei die Polizei im Elsaß weniger mit Politik, als mit ihrer eigentlichen Aufgabe zu beschäftigen. Beide Gesetze werden ebenso wie die Verordnung, betr. die Stempelgebühren von den Steuerbegutteilungen in dritter Verathung definitiv erledigt.

Das Haus geht dann an den hauptsächlichsten Gegenstand der heutigen Tagesordnung: die erste Verathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung des Tit. VIII. der Gewerbeordnung und die gegenseitigen Hilffschaften. Der Kommissar Geh. Regierungsrath Nieberding entwickelt die Gesichtspunkte, von denen die Bundesregierungen bei der Vorlage ausgegangen sind. Bei den drei bestehenden Systemen — Zwangskasse, Kassenzwang und Kassenfreiheit — haben die Regierungen zwischen den älteren bestehenden Verhältnissen und den neuen Forderungen zu vermitteln geglaubt. Die Vorlage habe sich mit gutem Grunde Beschränkung auferlegt. Die beiden Hauptgesichtspunkte, die sie beabsichte, seien 1. das förmliche Bestehen und noch zu errichtenden Kassen Normalbedingungen unterworfen werden und daß 2. die Beschränkungen nur auf das nothwendige Maß begrenzt seien. Verboten ist nur, was verboten und verlangt nur, was absolut verlangt werden mußte. Die Regelung der übrigen Gebiete des Kassenwesens wird die Reichsregierung nicht aus dem Auge verlieren.

Der Abg. Schulze-Delitzsch ist von der Nothwendigkeit der Regelung des in Rede stehenden Gegenstandes aufs Tiefste durchdrungen. Er bepricht die beiden Gesetzentwürfe, die er vom Stumpen der Regierung ein außerordentlich höchstes Wert nennt.

Abg. Rebet erntet in dem Gesetz ein rationales Werk. Im Gegenfatz zum Regierungskommissar ist er der Ansicht, daß die Bundesregierung hier ein sehr dankbares Feld gehabt hätte. Das Gesetz sei überaus ungerecht. Zurückzuweisen sei die Vormundhaft der Heßbiden und Arbeitgeber. Seine Gesinnungsgenossen weisen eine Staatshilfe in dem Geiste, wie hier gegeben, zurück. Mit Kassenzwang sei er vollständig einverstanden, aber ein entschlossener Gegner der Zwangskassen. Der Arbeiter verlange mit Recht volle Freiheit der Verfügung über die von ihm gezahlten Gelder und kein Vorrecht der Arbeitgeber. Die Nichtbefähigung der Arbeiter, ihre Angelegenheiten selbst zu führen, sei nitgend nachzuweisen. Wie vereine sich diese Beschränkung der Arbeiter in Bezug auf diese Angelegenheit mit dem ihnen zustehenden politischen allgemeinen Stimmrecht. Der Abgeordnete bekämpft eingehend als eine Rechtebeschränkung die Bestimmung des § 6 des zweitgenannten Entwurfs. Da man seiner Parthe vorwerfe, dem Bestande des Eigenthums gefährlich zu werden, und ein bezüglisches Strafsatz, das diese Tendenzen unschädlich machen sollte, demnach verlegt werde, so möchte er diejenigen, welche besonders auf den Schutz des Eigenthumsbegriffes bedacht seien, doch darauf aufmerksam machen, daß das vorliegende Gesetz das Eigenthum gerade erheblich verlegt. Herr Rebet dann kurz das Programm an, das den Inhalt eines Gesetzes nach seinem Sinne bilden würde und dessen Grundgedanke die vollste Selbstverwaltung der Arbeiter sei. Endlich verweigert er nicht, daß es ihm und seiner Parthe ganz erwünscht sein würde, wenn das Gesetz hier nicht in dem von ihm gewünschten Sinne zur Annahme gelangt. Denn dann müßten sie anerkennen, daß der Reichstag nicht gleiche Rechte für Alle gewähre, und dies könne seiner Parthe bei den nächsten Wahlen nur zu Gute kommen. Nach diesem Vortrage, der vom Hause anmerksam verfocht wurde, erhebt der Abg. Dr. Oppenheim das Wort, welcher den Gedankens entwickelte, daß Zwangskassen und freie Kassen nicht nebeneinander bestehen könnten.

Eine grosse Partie
Schwarz. u. weissen Schleiertüll
 in allen Mustern
 um damit zu räumen
sehr billig
 empfiehlt
 die Leinen-Handlung und Wäsche-Fabrik von
 große
 Steinstraße 11, **Loeser Cerf**, große
 Steinstraße 11.

Schwarzen
Patent-Sammet
 so schön wie Aecht.
Billig
 bei
 große
 Steinstraße 11, **Loeser Cerf**, große
 Steinstraße 11.

Von einer russischen Filz-Manufactur erhielt eine große Partie
Filzschuhe
 für Herren, Damen und Kinder, mit und ohne Lederjählen, elegante, mit
 Fell gefütterte, wie auch einfache, äußerst billig, da ich dieselben mit sehr geringem
 Nutzen verkaufe. **Fr. Schulze, Schuh- und Stiefel-Fabrik,**
 vis à vis Hotel Stadt Hamburg.

C. G. Nicolai, Zapfenstraße 3
 hält sein Lager von
Filz- und Seidenhüten
 bei Zuführung reeller Bedienung hiermit bestens empfohlen.
 Reparaturen von Filz- u. Seidenhüten werden prompt und billigt ausgeführt.

Großer Ausverkauf!

von angekleideten u. unangekleideten Puppen
 zum Aus- u. d. Anziehen, mit Haaren, von 1 Mark bis zu den Hochfeinsten, und
 Unangekleidete, mit Haaren, zum Schafen von 30 Pf. bis 9 Mark. Auch empfehle ich
Puppenhütchen und Schuhe, sowie **Köpfe** von
 Dach- und Porzellan. **Kinderverkauf sehr billig.**
 Der Verkauf findet im „**goldenen Löwen**“, Leipziger-
 straße 104, statt, fängt Montag den 15. d. Mts. an und dauert
 nur einige Tage. (S. 51759h) **F. Schulze.**

Die früher Baer'sche Gärtnerei
 stellt heute ihren Verkauf auf dem Wochenmarkte ein. Das geehrte Publikum wird ersucht,
 gefällige Aufträge für Pflanzen, Blumen, Decorationen, Bänder etc., deren Preise um
20 Prozent ermäßigt werden,
 direkt im Garten, **Jägerplatz 4**, abzugeben.

Große Auction von Möbeln.

Wittwoch den 10. November Nachm. 2 Uhr versteigere
 ich wegen Fortzug einer Herrschaft in Siebichenstein auf **Schmelzer's**
Söbe: drei Zimmer Mahagoni-Möbel, drei Stück Jagdgewehre,
 Hinterlader neuester Konstruktion, einige Mille alte Cigaren u. dgl. m.
Fehling, Auctions-Kommissar.

Ober-Röblinger Briquettes, Ober-Röbl. u. Teutschenthaler Presssteine, Böhmisches Braunkohlen, Zwickauer Steinkohlen
 offeriren billigt ab Lager und frei Haus
Bohmeyer & Blume, Magdeburgerstraße 43.

Ober-Röblinger Briquettes und Presssteine, Zwickauer Steinkohlen, Böhm. Braunkohle und Nietlebener Stückkohle liefert billigt frei Haus
Carl Modler, große Ulrichsstraße 23.

Cigarren

in vorzögl. abgelagerter Waare und zwar:
 Nr. 60, 55, St. 3 Rpf. Nr. 47, 44, 43, 42, 49,
 51, 3 - 10 „ „ St. 4 Rpf.
 50, 4 - 15 „ „ 32-36 „ 5 „
 16-19, 22, 24 „ 6 „

sowie feinere Sorten à Stück 7, 8, 9 Rpf.,
 10, 13, 15, 20 u. 25 Rpf. empfiehlt billigt
Arthur Becker,
 gr. Ulrichsstr. 38, gegenüber der Jägergasse.

Herren- und Knabenmützen
 in Pelz, Plüsch und Stoff, Wasch-
 tüchmützen, Hausstüpfchen am
 billigsten in der Mützenfabrik
Schülerhof 9.

Nähmaschinen

der bewährtesten Systeme
 empfiehlt unter Garantie
Carl Beseler,
 8. gr. Ulrichsstr. 8.

Mischte Anzeigen.

Englisch. Brode-Stunden gratis.
 Rev. J. Dayton Decker
 a. B. Wittelsstraße 12.

Ein Student wünscht Priv.-Unterr. zu
 ertheil. West. Offst. m. A. C. Exp. d. Bl.

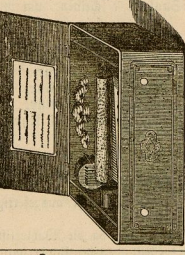
Buchführung.

Unterzeichneter gebe praktischen Unterricht
 der dopp. Buchführung. Zeit beliebig.
Weber, Kaufmann.
 Bräuerstraße 6, Hof rechts.

Künstliche Zähne neuester Methode und
 Plombiren billigt, und schmerzlos. Theilnah-
 lung bitte zu beachten.
Dr. Ph. Sachse, Geißstraße 8.

Zur Anfertigung eleganter
 Damen-Garderobe empfielt hie
 sich **Wedwig Hägel, L. d. d. 5, III.**
 Jedes Quantum Holz wird schnell und
 billig klein gemacht gr. Sandberg 14, III.
 Einen Vork zum Springen „Thalgasse 4.

Oberhemden Fr. H. Lauterhahn
 für Herren u. Knaben
 in weiss und bunt,
 nach den neuesten Façons,
 zu billigsten Preisen.
Leipzigerstraße 89.



G. Uhlig's
Uhren-, Musik-, Spieldosen-,
Kunstsachen- und Harmonika-Lager
 in Halle,
 untere Leipzigerstraße, neben dem „goldenen Löwen“.

Durch Neuheiten aus Frankreich, Eng-
 land und der Schweiz ist mein Lager nebst Aus-
 stellung für diese Saison auf das Reichhaltigste aus-
 gestattet und erlaube mir dasselbe einem geehrten Publi-
 cum ergebenst in Erinnerung zu bringen. **G. Uhlig.**

Berlinische Feuer-Versicherungs-Anstalt
 gegründet 1812,
 Grund-Kapital sechs Millionen Mark,
 übernimmt Versicherungen gegen Feuergefahr auf Gebäude, Mobiliar, Erndte, Vieh,
 Pflanzgeräthe etc. zu festen, im Voraus bestimmten billigen Prämien.
 Ueber die Beitrittsbedingungen wird von der unterzeichneten General-Agenten und
 den betreffenden Local-Agenten bereitwilligt Auskunft ertheilt.
 Halle a. S., im November 1875.
Emil Erbss, General-Agent. Ferd. Voigt, Haupt-Agent.
B. Hoffmann, Oswald Teichmann, Theodor Voigt.
 (H. 51761b.)

E. j. Kaufm. wünscht Unter. i. d. Stenogr.
 n. Stolz's Syh. Off. S. 15. i. d. Exp. d. Bl.
 Ein junger Mann wünscht engl. Stun-
 den zu nehmen. Anerbietungen nebst
 Angabe des Honorars unter M. G. in
 der Expedition dieses Blattes erbeten.

Wohnungs-Veränderung.
 Meinen werthen Kunden zur Nachricht, daß
 ich jetzt gr. Steinstraße 32 b. wohne.
F. Lischke, Schneidermeister.

!Avis für Bäcker!

Ich wohne H. Ulrichsstraße 8.
Zielemann, Backofenbauer.

E. ordentliche Frau empfi. sich geehrten Herr-
 schaften z. Waschen u. Scheuern. Weststr. 1, I.

Familien-Nachrichten.

Heute wurden wir durch die glückliche Ge-
 burt eines munteren Knaben erfreut.
Ernst Günther und Frau.

Heute Morgens 5 1/2 Uhr entschlief sanft
 und ruhig nach langem Leiden mein lieber
 guter Mann und Vater der Tischlermeister
Wilhelm Vorkich.
 Freunden und Bekannten diese trauvige
 Nachricht.
 Halle, den 6. November 1875.
 Die trübetrübte Wittwe
Anna Vorkich, geb. Rankewitz.

F. B. Befinde mich besser und warte schmerz-
 lich auf Nachricht. S. Sr.

Er ist doch reingefallen.

F.
 Ein Portemonnaie mit Geld ist gestern
 gegen Abend von Siebichenstein bis auf's
 Waisenhaus verloren gegangen. Abzugeben
 gegen Belohnung gr. Salamm 6, part.

Zugelaufen ein kleiner brauner Hu.-d.
 Ausholen gegen Auslagen bei Schramm,
 Möglicher Weg 3, 1 Treppe.
 Ein brauner Hund mit Kette zugefange
 Unterberg 12.
 Nadehade gefunden. Abgeh. Müßig. S.

Technischer Verein.
 (Café David)
Dienstag den 9. November
 Vortrag des Herrn Th. Wancke über:
 „Aluminium und Magnesium.“
Der Vorstand.

Bersammlung
 der Fabrik- u. Handarbeiter
 Montag Abends 8 Uhr in der Gremi-
 ange. Mitglieder auf den Posten!
Der Vorsitzende.

Gartenbau = Verein.

Wegen anderweitiger Benutzung des Lokals
 findet die nächste Monatsversammlung nicht
 Dienstag den 9., sondern
Montag den 8. d. Mts.

1) Vortrag über Kultur von Pflanzen und
 Behandlung der Zimmerpflanzen im
 Winter.
 2) Beantwortung eingegangener Fragen.
 3) Mittheilungen verschiedener Inhalts.
Der Vorstand.

Berein Vorwärts.

Montag den 8. d. Mts. General-Vers-
 ammlung. Um zahlreiches Erscheinen wegen
 Ballotage bittet
der Vorstand.

Die Bersammlung

ämmtlicher Fleischermeister zu Halle findet
Montag den 8. November Abends 7 Uhr
 in den „drei Schwänen“ statt.
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen
 der Vorstand.